

Niederschrift

über die in der 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 07.06.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 15:26 Uhr

anwesend sind:

Angenendt, Brigitte	Kleve
Düllings, Paul	Issum
Klinkhammer, Robert	Rees
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Selders, Hannes	Wallfahrtsstadt Kevelaer
von Elverfeldt, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Eicker, Sigrid	Geldern
Friedmann, Peter	Rees
van Ooyen, Alfons	Weeze
Vopersal, Jörg (Vorsitzender)	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Kerkman, Arie	Goch
Preußner, Jürgen	Geldern

entschuldigt sind

Poell, Peter	Goch
Wolters, Stephan	Geldern
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Hünerbein-Ahlers, Ulrich	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Heinricks, Michael (beratendes Mitglied)	Kerken

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Dr. Reynders, Hermann
Bäumen, Thomas
Keuken, Ruth
Hermsen, Ralf (als Schriftführer)

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die Sitzungsteilnehmer sowie die Vertreter der Verwaltung und eine Zuhörerin.

Anschließend stellt er fest, dass die Einladung zur Sitzung und Information der Öffentlichkeit ordnungsgemäß erfolgt sind und der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung beschlussfähig ist.

Die Frage des Vorsitzenden an die Ausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befähigt hält, wird von allen Ausschussmitgliedern verneint.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1. **Landesplanung** 849/WP14
Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf der Änderungen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW)
2. Mitteilungen
3. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

4. Mitteilungen
5. Anfragen

Öffentliche Sitzung

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: 849/WP14

Landesplanung

Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf der Änderungen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW)

Der Vorsitzende übergibt der Verwaltung das Wort. Mit Hinweis auf den Inhalt der Verwaltungsvorlage bittet er um Auskunft, ob sich im Rahmen des weiteren Abstimmungsverfahrens noch Änderungen ergeben hätten.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass weder die internen Abstimmungen noch die Gespräche mit den Städten und Gemeinden zu neuen Erkenntnissen geführt hätten. Die Stellungnahme habe daher nicht mehr überarbeitet werden müssen und werde daher in unveränderter Form zur Beschlussfassung empfohlen. Die Stellungnahme sei kurz gehalten und beschränke sich auf die für den Kreis Kleve relevanten Punkte. Zum Themenbereich Siedlungsentwicklung sei anzumerken, dass es falsch wäre, aus den geplanten Änderungen eine negative Entwicklung hinsichtlich der Inanspruchnahme von Freiraum abzuleiten. Mit den Änderungen würde nicht „Tür und Tor“ für unkontrollierbare Flächeninanspruchnahmen geöffnet. Es handele sich ausschließlich um nachvollziehbare Erleichterungen für begründete Ausnahmesituationen. Auch die Änderungen zum Thema Windenergie würden begrüßt. Hervorzuheben sei dabei insbesondere die Streichung der Regelungen zur Inanspruchnahme von Wald. Daneben werde den Kommunen auf der Planungsebene eine größere Entscheidungskompetenz eingeräumt. Auch die Absicht, mit der neuen Abstandsregelung für Wohngebiete das diesbezüglich generell bestehende Konfliktpotential zu verkleinern, sei nachvollziehbar.

Frau Eicker erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion dem Entwurf zustimmen werde. Die Ausführungen zur Siedlungsentwicklung, zur Einstufung des Flughafens als landesbedeutsam und zur restriktiveren Abgrabungssteuerung würden mitgetragen. Auch die neue Abstandsregelung für Windkraftanlagen könne -wengleich die Beweggründe nicht ganz klar seien- akzeptiert werden; zudem seien Repowering-Maßnahmen auch innerhalb des 1.500 m Abstands möglich. Folglich bestehen einvernehmlich nur gegen die geplanten Änderungen zur Rohstoffsicherung Bedenken. Frau Eicker ergänzt zum Thema Siedlungsentwicklung, dass aus Ihrer Sicht die Streichung des 5-ha-Ziels beim Flächenverbrauch hätte kritischer beurteilt werden können.

Herr Düllings erklärt für die CDU-Kreistagsfraktion, dass man sich bei der Zustimmung zum Entwurf weitestgehend einig sei. Bei der Auseinandersetzung mit der Verwaltungsvorlage sei Fleißarbeit gefragt gewesen, da alleine das Durcharbeiten der 66-seitigen Anlage sehr viel Zeit beansprucht habe. Die komprimierte Stellungnahme der Verwaltung werde begrüßt. Die Sorge bezüglich der Streichung des 5-ha-Ziels werde nicht geteilt, da die Vorgaben zur Siedlungsentwicklung immer noch restriktiv seien. Die Bedenken zum Thema Rohstoffsicherung sollten allerdings deutlicher herausgestellt werden. Für den Kreis Kleve handele es sich um ein äußerst wichtiges Anliegen, sich weiterhin auf die bewährte Steuerung über den Regionalplan verlassen zu können. Daher werde vorgeschlagen, den Satz *„Die Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) sollten daher auch weiterhin in den Regionalplänen generell als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten (Konzentrationszonen) dargestellt werden.“* zu ändern (Seite 2 der Stellungnahme). Der Satz sollte stattdessen wie folgt formuliert und gestaltet werden: *„Die Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) **müssen** nach Auffassung des Kreises Kleve daher auch weiterhin in den Regionalplänen generell als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten (Konzentrationszonen) dargestellt werden.“* Durch den Fettdruck des Wortes „müssen“ und der Ergänzung „nach Auffassung des Kreises Kleve“ könne sich der Kreis Kleve klarer positionieren und die Bedeutung des Themas für den Kreis Kleve als besonders betroffene Gebietskörperschaft hervorheben. Er hoffe, dass die politischen Mitstreiter im Gremium dem Vorschlag zustimmen werden.

Herr Preußner erklärt, dass er sich der Vorlage einschließlich des zuvor geäußerten Änderungswunsches anschließen werde. Zwar könne nach wie vor die Landesbedeutsamkeit des Flughafens hinterfragt werden, jedoch sei aufgrund der nun einheitlichen Regelung keine weitere Vertiefung dieses Punktes mehr erforderlich.

Herr Kerkman erklärt für die FDP-Kreistagsfraktion, dass der Entwurf mit der vorgeschlagenen Änderung mitgetragen werde.

Frau Eicker teilt mit, dass auch die SPD-Kreistagsfraktion der vorgeschlagenen Anpassung zustimmen werde.

Herr Friedmann stellt bezüglich des Themas „Repowering“ die Frage, ob denn aufgrund der Ausnahmeregelung zum 1.500 m Abstand beispielsweise eine vorhandene Anlage mit 150 m Höhe durch eine 200 m hohe Anlage ersetzt werden könne, ohne dass eine besondere Prüfung erforderlich sei.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass jede Änderung im Rahmen eines einzelfallbezogenen Genehmigungsverfahrens geprüft werden müsse. Durch die Sonderregelung werde lediglich der planungsrechtliche Rahmen gelockert, nicht jedoch die weitergehende, vertiefende Prüfung. Die planungsrechtliche Sonderregelung solle dazu beitragen, die Gesamtzahl der Anlagen geringer zu halten.

Nachdem keine weiteren Fragen zum Tagesordnungspunkt 1 gestellt werden, bittet der Vorsitzende um Abstimmung. Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Entwurf der Verwaltung mit der seitens der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Änderung einstimmig an. Herr Selders stellt nach der Abstimmung die Frage, ob der Beschlussvorschlag nicht zu ändern sei, da nach dem Abschluss des Abstimmungsverfahrens und der Behandlung im Ausschuss der Vorbehalt, noch Änderungen vornehmen zu können, entfallen müsste. Herr Spreen antwortet, dass sich eine solche Änderung aus seiner Sicht erübrige. Mit dem Abschluss des Abstimmungsverfahrens und der einvernehmlich beschlossenen Anpassung der Stellungnahme sei der Vorbehalt automatisch hinfällig.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die von ihr ausgearbeitete Stellungnahme -in der durch den Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung am 07.06.2018 beschlossenen Fassung- zum Entwurf der geplanten Änderung des Landesentwicklungsplans gegenüber der Landesregierung abzugeben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Herr Dr. Reynders informiert die Ausschussmitglieder über die Finanzierungsbeteiligung des Kreises Kleve an einem LEADER-Projekt zur Umsetzung biodiversitätsfördernder Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen (Antragstellerin: LWK). Das Projekt sei bereits im Rahmen der Haushaltberatungen thematisiert worden. Seinerzeit habe man sich vor dem Hintergrund der positiven Grundhaltung darauf verständigt, die Detailfragen unterjährig zu regeln und dem Ausschuss zu gegebener Zeit zu berichten. Inzwischen sei eine Einigung zwischen der Antragstellerin und den Projektpartnern erfolgt. Der Kreis Kleve habe eine entsprechende Zusage zur Mitfinanzierung abgegeben. Finanztechnisch werde das Projekt über 4 Jahre abgewickelt. In diesem Jahr sei mit Kosten von ca. 2.000 € und im kommenden Jahr von ca. 6.000 € zu rechnen. Formal stehe noch die Genehmigung des Projekts durch die Bezirksregierung aus.

Herr Düllings bedankt sich für die Information und bittet die Verwaltung für den Fall, dass es künftig etwas Berichtenswertes gäbe, den Fachausschuss hierüber zu informieren.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Anfragen

Herr Friedmann spricht die aktuellen Berichte zur Abgrabung „Reeser Welle“ an. Demnach werde befürchtet, dass „offene Kiesfenster“ entstehen könnten. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, ob der Kreis Kleve bereits mit der Antragstellerin Gespräche zur Erörterung technischer Lösungsmöglichkeiten geführt habe.

Herr Spreen antwortet, dass die Verwaltung das Verfahren nach Recht und Gesetz abwickeln werde. Auskünfte über Details -wie beispielsweise über den Inhalt eventuell geführter Gespräche- würden nicht erteilt.

Nachdem keine weiteren Anfragen zum öffentlichen Teil vorgetragen werden, stellt der Vorsitzende die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her. Da es weder Mitteilungen noch Anfragen zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt, schließt der Vorsitzende um 15.26 Uhr die Sitzung.

Die nächste Sitzung ist für den 11.09.2018 vorgesehen. (Hinweis der Verwaltung: Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung im Jahr 2019 ist abgeschlossen. Folgende Termine wurden festgelegt: 12.02., 04.06., 17.09. und 26.11..)

gez. Hermsen
(Schriftführer)

gez. Vopersal
(Vorsitzender)